

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 6/39. Jahrgang

Juni 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Ami-Wohnungen für Gießener Familien

Die Verwirklichung dieser alten Forderung der DKP (aus dem Jahr 1971, als wir die Ostverträge zum Anlaß nahmen, den Abzug der US-Truppen zu fordern) rückt in greifbare Nähe. Nach dem Abzug der US-Truppen werden u.a. in der Marshall- und in der

Dulles-Siedlung 600 gut ausgestattete Wohnungen frei, die mit großzügigen Grünflächen, Spiel- und Grillplätzen umgeben sind. Unter Regie der Wohnbau Gießen könnten damit Gießener Familien, Senioren und Studenten preiswerte Wohnungen (mit

Stadtbusanbindung!) zur Verfügung gestellt werden.



Dagegen wettert die Gießener CDU und der Hausbesitzer-Verein, weil sie „negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt“, sprich: auf die Höhe ihrer Mieteinnah-

men, befürchten. CDU-Fraktionsvorsitzender Möller spricht sogar der Wohnbau die Kompetenz ab, weil sie bei der Kreditaufnahme Bürgschaften in Anspruch nähme. Dabei weiß er genau, daß das üblicher kapitalistischer Brauch ist, um Zinsen zu sparen, und daß die Wohnbau jährlich eine erhebliche Summe Überschuß an die Stadt abführt und damit den städtischen Haushalt entlastet (wobei es ein Skandal ist, daß Wohnbau-Mieter zur Sanierung der Stadtkasse beitragen). Notwendig ist ein sozialer Träger wie z.B. die GSW, die die Wohnungen nach gemeinnützigen Kriterien verwaltet, (und nicht gewinnorientiert wie die Wohnbau) und die Vorstellungen des Gießener Bündnisses für Familie berücksichtigt.

Neue Schikanen von der GIAG

Als weitere Schikane will die GIAG Hartz-IV-Empfängern eine Zwangsberatung zur Einsparung von Energiekosten aufzwingen. Dabei geht es selbstverständlich nicht um Umweltschutz, sondern um Reduzierung der Ausgaben für Hartz IV, verbunden mit einer weiteren Demütigung für die Betroffenen, die die Kontrolleure in ihre Wohnung lassen sollen. Nichts gegen Energieberatungen – aber dann für alle, und nicht als diskriminierende Zwangsmaßnahme für die Ärmsten. Die GIAG hat noch andere Entgleisungen zu Papier gebracht. So sollen im „Bewerbungszentrum“ den Hartz-IV-Empfängern „Unterstützung beim Umgang mit Frustration und Absagen“ erteilt und „Arbeitnehmertugenden“ gefördert werden... - Dagegen traten etwa ein Dutzend Gießener Montagsdemonstranten vor der Kreistagssitzung am 2. Juni in Lich auf.



Für die CDU - wie für alle Kapital-
(Fortsetzung Seite 3)

Inhalt:

Wachsendes Elend im Reichtum	S.2
Offener Brief an Grothe/Parlament zu!	S.3
Banken verstaatlichen/GIAG/Reiche	S.4
Bahnprivatisierung/Hansen/Neid	S.5
Landtagsdebatte zu EU/Leserbriefe	S.6
Gewerkschaftsdebatte/Hammerzahl	S.7
Termine/Free Tibet?!	S.8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Wachsendes Elend im wachsenden Reichtum

Die CDU-SPD-Regierung hat den Armuts- und Reichtumsbericht dieser Wahlperiode vorgelegt. Der erste dieser Berichte stammt aus dem Jahr 2001 und da nannte die SPD-Grüne-Regierung die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich noch recht ungeschminkt beim Namen. Sie konnte ja auf 16 Jahre Kohlregierung verweisen. Weitere vier Jahre Rot-Grün und die Reichen waren wiederum reicher und die Armen ärmer geworden. Und nun also die neuesten Zahlen von Arbeitsminister Scholz (SPD). 13 Prozent der Bundesbürger sind danach arm (sie haben weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens, also weniger als 781 Euro netto), weitere 13 Prozent sind ebenfalls arm, werden aber verschleiern nur als von Armut bedrohte „Risikogruppe“ geführt, weil sie etwa Arbeitslosengeld II

Die Akkumulation (Anhäufung) von Reichtum auf dem einen Pol ist... zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert. - (Karl Marx: Das Kapital I, MEW 23, S. 675.)

Von Tag zu Tag wird es... klarer, dass die Produktionsverhältnisse, in denen sich die Bourgeoisie bewegt... keinen einfachen Charakter haben, sondern ein zwieschlächtigen; dass in denselben Verhältnissen, in denen Reichtum produziert wird, auch das Elend produziert wird... - (Karl Marx: Das Elend der Philosophie, MEW 4, S.141.)

beziehen. Unsere Gesellschaft wird immer tiefer in Unter- und Oberklasse gespalten. Der Anteil mittlerer Einkommen sackte nach Angabe des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) in der kurzen Zeit von 2000 bis 2006 von 62 auf 54 Prozent ab. In unserem reichen Land lesen wir täglich von Kinder- und Altersarmut, Zweiklassenmedizin, Pflegegenotstand und galoppierenden Preisen. Weil zunehmend Elendslöhne bezahlt werden, wächst die Zahl der Menschen, die trotz Arbeit verarmen. Man erinnere sich: In den fünfziger Jahren versprach Wirtschaftsminister Erhard (CDU) „Wohlstand für alle“. Arbeitslosigkeit würde es in einer „sozialen Marktwirtschaft“ nie wieder geben. In den Sechzigern warf Erhard uns Bürgern dann Maßlosigkeit vor. Die nicht sehr tiefe Krise 1966/67

schockte, weil uns immerwährender Aufschwung versprochen war. Wirtschaftsminister Schiller (SPD) sagte, der Markt allein könne es nicht richten, aber mit Hilfe des Staates, mit den unfehlbaren Rezepten von „Konzertierter Aktion“ und „Globalsteuerung“ würde es wirtschaftlich wieder bergauf gehen. Helmut Schmidt (SPD) wollte in den Siebzigern lieber 5 Prozent Preissteigerung als 5 Prozent Arbeitslosigkeit und bekam beides. Kohl (CDU) und Schröder (SPD) machten die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu ihrer Hauptaufgabe. Durch die Förderung von Elendsarbeiten, Niedriglohn, Minijobs usw., wurde die Arbeitslosigkeit statistisch verringert. In der frühen Bundesrepublik äußerten nur ganz hartgesottene Linke, dass im Kapitalismus, unabhängig von jedweder Regierung, das Anwachsen von Armut der einen die Bedingung für das Anwachsen des Reichtums der anderen ist. Solche Marxisten wurden damals bestenfalls milde als weltfremd belächelt. Inzwischen kommt die Regierung nicht mehr umhin festzustellen, dass die Gesellschaft zunehmend in Arme und Reiche polarisiert wird. Dass dies im System liegt, verschweigt sie selbstverständlich schamhaft. Klaus Mewes



Offener Brief an den Stadtverordneten K.-D. Grothe (Grüne)

Sehr geehrter Herr Grothe, auf der letzten Stadtverordnetensitzung haben Sie gegen mich im Rahmen der Diskussion über „Kitas“ einige Vorwürfe losgelassen, die mir in dieser Situation unverständlich waren. Gut, Ihre Ausfälle gegen Margot Honecker und „militärische Erziehung in DDR-Kindergärten“ hake ich als den üblichen Antikommunismus ab. Der Vorwurf, dass mir nun die Maske des humoristischen Biedermanns abhanden gekommen sei, offenbart Ihrerseits Aggressionsmomente, die ihre Ursache wohl kaum im Antrag der Linken Fraktion und meinem Diskussionsbeitrag finden dürften. Nehmen Sie die harschen Kritiken von Inge Bietz und Gerhard Merz (beide SPD) als Vorbild, die in ihrer Argumentation sachlich blieben. Bei Ihnen als Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen hat wohl mein vor einiger Zeit formulierter Hinweis auf J. Fischer, der demagogisch forderte „der Holocaust darf sich

nicht wiederholen“ und damit den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien einfädelt, Ärger verursacht. Kriegstreiberei (siehe auch Hessische Verfassung) stößt nun mal nicht nur bei mir auf Abscheu, die Begründung mit dem Holocaust halte ich mindest genau so verwerflich wie Roland Kochs „jüdisches Vermächtnis“. Ich halte Ihnen zu Gute, dass hier Ihr Gewissen gepocht hat. Die Wiederholung des Vorwurfes, das Gießener Echo sei rassistisch, ist unhaltbar und dumm. Wenn im Artikel „Kosovo – Völkerrecht gebrochen“ vom März d.J. die USA, die EU, die Reichen und die „Chefs von kriminellen Clans“ an den Pranger gestellt werden, hat das nichts mit der Bevölkerung zu tun. In Bezug auf die Bevölkerung heißt es im letzten Satz: „Gegen ihre brutalen Chefs, die von USA und EU massiv unterstützt werden, haben sie aber keine Chance.“ Die Bevölkerung des Kosovo leidet ge-

nug, als dass mit ihnen noch politischen Spielchen betrieben werden müssen. Erinnerung sei daran, dass das ganze Land durch die NATO durch Strahlung von Uran-Munition verseucht ist. Wenn Sie die Interessen der Menschen im Kosovo vertreten wollen, sollten Sie gegen den deutschen Militarismus und die NATO Position beziehen. Ich hoffe, dass Ihre Unterordnung unter die Parteidisziplin der Grünen nicht dazu führt, völkerrechtswidrige Kriege legitimieren zu wollen. Mein Verhalten Ihnen gegenüber wird auch in Zukunft von Respekt gegenüber ihrer beruflichen Arbeit und dem Verzicht auf Vorteilsnahme aufgrund Ihrer Wahlfunktion geprägt sein. Mein Motte zur nächsten Kommunalwahl:

Unbestechlich, konsequent - Grothe muss ins Parlament.
Mit immer noch freundlichen Grüßen
Gießen, den 30. Mai 2008

Michael Beltz

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Probeexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de



!Fortsetzung von Seite 1)

Ami-Wohnungen...

Vertreter - ist Wohnen nicht ein Menschenrecht, sondern geeignet, Geld zu machen. Und das nicht nur in Gießen: Im April gab der CDU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Röwekamp auf eine Kritik an der Absenkung der Mietobergrenzen, „mit der Tausende Menschen zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen würden“ den – humoristische gemeinten?! - Rat: „Unter Brücken sollen sie schlafen!“ - Wir bleiben dabei: Ami-Wohnungen für Gießener Familien! Keine Privatisierung! Erika Beltz

Stadtparlament unter Ausschluß der Öffentlichkeit?!

Soll im neuen Rathaus die Öffentlichkeit von den Stadtparlamentssitzungen ausgeschlossen werden? Bei der Ortsbegehung im Mai stellte sich heraus, daß nur 28 Zuschauerplätze in den neuen Räumlichkeiten vorgesehen sind. Nach der in Gießen üblichen Praxis wichtige Entscheidungen in nichtöffentlichen Sitzungen zu beschließen, was in anderen Städten nicht der Fall ist, soll offenbar mit solchen rigiden Methoden, die Möglichkeiten der demokratischen Kontrolle weiter eingeschränkt werden. Zwar nehmen – nicht zuletzt dank mancher öden Diskussionen

– meist nicht viel mehr Gießener Bürgerinnen und Bürger ihr Recht wahr, an den Sitzungen teilzunehmen, es gibt aber auch genügend andere Beispiele. Wenn wichtige schulische, städtebauliche und andere Tagesordnungspunkte von besonderer Relevanz zur Diskussion standen, reichten auch im alten Stadthaus die ca. 200 Sitzplätze nicht immer aus. Die DKP forderte die Verantwortlichen auf, dafür zu sorgen, daß der interessierten Öffentlichkeit ihr Recht auf demokratische Kontrolle der gewählten Gremien erhalten bleibt.

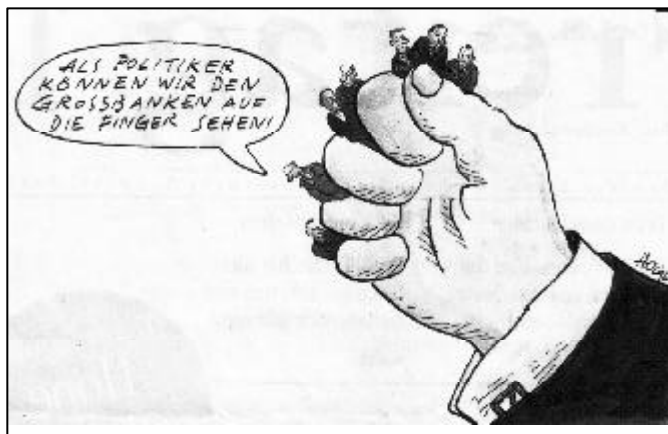
Banken vergesellschaften!

Angesichts der durch milliardenschwere Fehlspekulationen ausgelösten Bankenkrise hat die Partei Die Linke in Hessen eine Vergesellschaftung der Banken gefordert. Eine solche Maßnahme ist in der Hessischen Verfassung ausdrücklich vorgesehen, trotzdem löste diese Forderung bei den anderen Parteien und in der Presse eine Welle der Empörung aus. Der Verweis auf die Verfassung wurde damit abgetan, solchen Paragraphen seien ganz einfach nicht mehr aktuell, in der Verfassung sei schließlich auch noch die Todesstrafe vorgesehen. Diese Gleichsetzung ist ganz einfach dumm. Die Todesstrafe ist im Grundgesetz eindeutig abgeschafft, die hessische Regelung ist damit hinfällig (Bundesrecht bricht Landesrecht), für eine Vergesellschaftung trifft das aber keinesfalls zu. Ganz im Gegenteil, auch im Grundgesetz sind Enteignung und Verstaatlichung vorgesehen wenn sie dem Wohle der Allgemeinheit dienen oder den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindern.

Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen - so steht im Grundgesetz, Artikel 14. Auch in vielen Landesverfassungen gibt es ähnliche Regelungen.

Daß Gesetze wie das Aktienrecht gegen dieses Verfassungsgebot verstoßen, ist eigentlich eindeutig. Viele Schweinereien wie Massenentlassungen bei besten Profiten oder Verlagerungen ins Ausland werden mit diesem Aktienrecht, das den Profit der Aktionäre in den Vordergrund stellt, begründet. Verfassungsgebote sollten aber schwerer wiegen als so ein Gesetz. Sollten - denn was in der Verfassung steht, wird nur durchgesetzt, wenn die Bevölkerung wach und stark genug, für diese Rechte zu kämpfen.

Gernot Linhart



Mehr Reiche

Während darüber gestritten wird ob nun jedes 5. oder jedes 6. oder jedes 8. Kind in Deutschland von Armut betroffen ist (dabei ist schon ein einziges Kind in Armut in einem reichen Land eines zuviel) steht unbestritten fest, daß es immer mehr Reiche in Deutschland gibt. Die Zahl der Millionäre nähert sich doch langsam auch der Million. Immerhin gab es im Sommer 2007 in Deutschland 800.000 Millionäre. Die Bundesregierung zählt übrigens rund 2,5 Millionen Kinder, die von Armut betroffen sind. Wenn man jetzt diesen 800.000 Millionäre einen kleinen Teil nehmen würde, so könnte man jedem dieser 2,5 Millionen Kinder eine Menge Geld zukommen lassen...

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

K.S.



Möchte der Herr lieber einen Einzeltisch oder erwartet er noch Gäste?

GIAG-"Qualität"

Großgeschrieben wird Qualität bei der GIAG, dementsprechend fortgebildet werden die Mitarbeiter. Ein schönes Beispiel erlebte ich: Anruf gegen 15 Uhr unter der allgemeinen Rufnummer 9393781, schon nach nur dreieinhalb Minuten in der Warteschleife „der nächste freie Apparat ist für Sie reserviert“ lande ich bei einer Call-Center-Mitarbeiterin: „Willkommen bei der GIAG in Gießen“. Ich frage danach, ob sie mir sagen kann, mit welcher Buslinie ich zur GIAG fahren kann. Wo ich denn wohnen würde, ist die Antwort, auf meinen Hinweis, daß ich nicht darüber reden wolle, wo ich wohne, sondern wissen wolle, welche Buslinie ich zur GIAG nehmen muß und ich im

Kreisgebiet wohnen würde und ich wüßte, daß in der Nordanlage 60 nur Giessener Einwohner betreut würden, werde ich belehrt, daß ja nicht nur Giessener in der Nordanlage 60 betreut würden, also wo ich denn wohnen würde. Aber in der Nordanlage 60 werden doch nur Giessener ALG II Bezieher betreut, und ich wolle und müsse in die „Rivers“ wird die Dame am anderen Ende doch ärgerlich und klärt mich auf, daß z. B. Rödgen, Lützellinden und Klein-Linden auch in der Zuständigkeit der GIAG in der Nordanlage 60 verblieben seien. Nun muß ich dann doch dieser unglücklichen und offensichtlich nicht qualifizierten Call-Center Mitarbeiterin schonend beibringen, daß Rödgen, Lützellinden und Klein-Linden eben

Stadtteile von Gießen sind, ich aber im Kreisgebiet wohne und daher wissen will, mit welcher Buslinie ich zur GIAG fahren kann. Nach betretenem Schweigen und offensichtlichem Nachfragen wird mir mitgeteilt, daß ich mit der Linie 2 in den Fasanenweg fahren könne und dann nur noch 9 Minuten Fußweg anstünden oder aber ich die Linie 220 nehmen könne, die allerdings fährt nur jede Stunde ab Bahnhof und hält weder am Berliner noch am Marktplatz.. Wenn nun alle Mitarbeiter der GIAG auch nur ähnlich qualifiziert und damit kompetent sind, wie diese Call-Center-Mitarbeiterin dann frage ich mich, wie ihr Geschäftsführer so positive Schilderungen über die GIAG in die Welt setzen kann.

K.S.

Wem nützt die Bahnprivatisierung?

Zunächst 24,9% des Nah-, Fern- und Güterverkehrs sollen privatisiert werden. Das nützt nicht nur Ex-Transnet-Chef Norbert Hansen, der als Belohnung für seinen Kuschelkurs zum Bahnvorstand, auch in der Frage der Bahnprivatisierung, zum Arbeitsdirektor gemacht wird. Den Hauptgewinn werden natürlich die Käufer haben: Zunächst bekommen sie Teile der Bahn (Wert: mindestens 150 - 250Mrd. €) zu einem Bruchteil ihres Wertes. Dann dürfen sie Profite aus den lukrativsten Teilen des Unternehmens einstreichen. Um diese Profite hoch zu halten, werden sie verschiedene Wege beschreiten: Möglichst

geringe Löhne, verlängerte Arbeitszeiten und zusätzliche Belastungen für die Beschäftigten sind immer effektiv. Hansen verrät uns, wie so etwas aussehen kann: „Da ist dann zum Beispiel ein Lokführer nicht nur dafür verantwortlich, den Zug zu steuern - sondern kann in den Zugabteilen auch einmal aufräumen oder auf einem kleinen Bahnhof mit anpacken.“

Die geplante Gründung von Bahn-Tochtergesellschaften dürfte, trotz aller Beteuerungen es gehe dabei nicht um Tarifflicht, genau dazu dienen. Dann gibt es da natürlich immer noch Bereiche des Schienenverkehrs, die



nur öffentlichen Interessen statt Profitinteressen dienen. Dazu zählen beispielsweise ca. 5000 km weniger genutztes Streckennetz. Diese unrentablen Bereiche können stillgelegt werden, was auch die Automobillobby freuen wird, oder an regionale Betreiber der öffentlichen Hand abgestoßen werden. Natürlich wird man durch solche Maßnahmen auch mehrere

10.000 Stellen abbauen können. Investitionen in Sicherheit (die gehäuften Unfälle nach der Bahnprivatisierung in England sprechen für sich) Qualität, Kundenfreundlichkeit und Infrastruktur werden sich die privaten Besitzer wohl kaum zumuten. Da die Bahn konkurrenzlos ist, wäre das reine Geldverschwendung. In diesem Sinne wird es auch kaum möglich sein, die Kunden durch weiter steigende Fahrpreise ganz abzuschrecken. Mit einer verstärkten staatlichen Subvention (wie in England und Japan) ist zu rechnen.

Gelingt es den neuen Bahnbesitzern trotzdem die Bahn soweit ausbluten zu lassen,

dass sie nicht mehr rentabel zu betreiben ist, so brauchen sie keine Angst vor Bankrott zu haben. Das Land kann nicht auf eine Eisenbahn verzichten. Wie in Neuseeland gerade geschehen, wird der Staat das kaputte Unternehmen zurückkaufen, für eine höhere Summe versteht sich. Die Teilprivatisierung der Bahn wird enorm nützlich für die Konzerne sein, die sich daran bereichern. Politiker (und Ex-Gewerkschafter) die ihnen diese Extraprofite zugeschanzt haben, werden fürstlich belohnt. Privatisierung wird aber letztendlich weder den öffentlichen Haushalten, noch der Umwelt, noch der Sicherheit, noch der Mobilität des Kunden, noch dem Fahrpreis und erst recht nicht den Beschäftigten zugute kommen. Die Bahnprivatisierung ist so nützlich wie der Kapitalismus selbst. M.H.

„System Hansen“

Darin wurden mit Zuckerbrot und Peitsche kritische Kräfte entweder durch Intrigen aus wichtigen Positionen in Betriebsräten oder anderen Gremien entfernt oder gekauft und integriert. Gewerkschaftssekretären wurde gedroht: Wer sich öffentlich gegen den Börsengang ausspricht, kann seine Papiere abholen...

Beim außerordentlichen Gewerkschaftstag 2007 wagte mit Klaus Zecher nur ein Delegierter den Vorstandsantrag zur Privatisierung zu kritisieren und in der Abstimmung auch tatsächlich abzulehnen. Für andere gehörte schon viel Mut dazu, sich zu enthalten, obwohl sie „Nein“ meinten... (aus: ‚junge Welt‘ vom 20. 5 08)



Zur Neiddebatte

Manager sind ja bescheiden, um lediglich 12% stiegen durchschnittlich deren Einkommen im Jahr 2007. Die Vorstandsvorsitzenden der 30 DAX-Konzerne mußten sich daher im Jahr 2007 mit durchschnittlich 5,1 Millionen Euro Jahreseinkommen bescheiden. Die eigene Tasche füllte sich dabei am meisten Herr Ackermann, der Chef der Deutschen Bank. Er erhielt für seine Vorstandsvorsitzendentätigkeit 2007 14,3 Millionen Euro. Er verdient somit in der Minute, auch die Schlafminuten sind dabei, 27 Euro. Was wäre das für eine schöne Forderung für einen Mindeststundenlohn. K.S.

Nach der Diskussion zum EU-Vertrag im Landtag muß man sich fragen:

Sind hessische Abgeordnete: faul, dumm oder verlogen?

Anläßlich der Abstimmung im Bundesrat über den EU-Grundlagenvertrag wurde im Hessischen Landtag diskutiert. Alle, außer den Abgeordneten der Partei Die Linke, fanden den Grundlagenvertrag zustimmungswürdig. Was die verschiedenen Parteien aus dem Text des Vertrages herauslasen, war für jeden, der das Ding mal gelesen hat, unglaublich. Es gibt drei Möglichkeiten: 1. Die Abgeordneten haben den Vertrag nie gelesen, sondern vertrauen auf das, was sie von ihren Parteioberern erzählt bekommen. 2. Die Abgeordneten haben den Text nicht verstanden. 3. Die Abgeordneten lügen, was das Zeug hält.

Die Redner der CDU lobten vor allem den Gewinn an Demokratie, den der Vertrag für die Mitgliedsländer brächte. Tatsächlich wird durch den Vertrag das Mitbestimmungsrecht kleinerer Staaten massiv beeinträchtigt. Die bevölkerungsreichen Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich können die kleineren Länder jetzt viel besser überstimmen. Da EU-Regelungen Gesetzeskraft haben, kön-

nen sie den Willen der Parlamente in kleineren Ländern aushebeln und ihnen dort ungewünschte Gesetze aufzwingen. Von der SPD wurde vor allem die sogenannte Sozialcharta gerühmt. Diese Char-

diese sehr vagen Rechte stehen immer unter dem Vorbehalt, daß nationale Regelungen den freien Wettbewerb nicht behindern dürfen.

Die Grünen betonten, der Vertrag würde die Europäische Friedenspolitik stärken. Diese Behauptung ist besonders dreist, denn in dem Text wird ausdrücklich das Recht auf weltweite Militäreinsätze auch ohne UN-Mandat betont, außerdem wird permanente Aufrüstung vorgeschrieben. Diese Regelung macht die EU zur einzigen Region auf der Erde, in der Abrüstung verboten ist. Eine Rüstungsagentur soll darauf achten, daß alle Staaten diese Vorschrift einhalten und einzelnen Mitgliedern konkrete Rüstungsmaßnahmen vorschreiben.

Dieser Vertrag wurde, als er noch „Verfassung“ genannt wurde, in Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen mit großer Mehrheit abgelehnt. Die jetzt geplante Einführung ohne Volksabstimmung ist ein Skandal. Vielleicht macht ja die Bevölkerung Irlands, wo eine Volksabstimmung gesetzlich vorgeschrieben ist, den selbstherrlichen Regierungen noch einen Strich durch die Rechnung. Gernot Linhart



te ist aber nicht mehr als ein Witz. Sie enthält so tolle Verpflichtungen wie „Für Arbeit muß ein Lohn gezahlt werden“ oder „Beschäftigte haben ein Anrecht auf Pausen und freie Tage.“ Und selbst

Leserbriefe

Nutzflächen für Arme

Das Rad muss nicht neu erfunden werden: Seit längerer Zeit fordert die Mehrheit der Gießener Montagsdemonstranten von der Stadt die kostenlose Bereitstellung von Gartenland für Bedürftige, damit wir uns selber gesundes Gemüse und Obst anbauen können.

Wie zu erwarten, haben im Mai alle Hartz-IV-Fraktionen einen entsprechenden Antrag der Fraktion „die Linken“ im Stadtparlament mit fadenscheinigen Begründungen abgelehnt. Eine davon: Es gäbe keine Flächen dafür. Ich halte das für völligen Unsinn, denn Gießen hat genügend öffentliche Parks.

Mit unserer Forderung erfinden wir das Rad aber nicht neu: Alles schon einmal da gewesen! Direkt nach dem 2. Weltkrieg (mit sehr vielen Flüchtlingen in den Städten) herrschte eine so große Hungersnot, dass in vielen Städten (ob in

Gießen weiß ich nicht) öffentliche Parks zu Kleingärtnerflächen umfunktioniert wurden.

Ich vermute, dass die bürgerlichen Parteien einfach Angst davor haben, dass durch ausgewiesene Flächen (z.B. in den Anlagen) auch dem letzten Bürger klar wird, welches hohe Maß an Massenarmut bzw. -arbeitslosigkeit wir in dem angeblich so sozialen Deutschland erreicht haben. Es kommt „einfach nicht gut an“, wenn die hohe Zahl der Bedürftigen nicht irgendwo mehr oder weniger anonymisiert werden kann (wie bei der abseits gelegenen Gießener Tafel), wenn sie als solche erkenntlich und sichtbar sind.

Massenarmut hat (übrigens wie Reichtum) Name und Adresse; wer sie nicht sehen will, mag sich zwar eine Zeit lang selber belügen können, aber auf Dauer steht die Frage der gesellschaftlichen Umverteilung der durch Arbeit erwirtschafteten Gewinne sicherlich auf der Tagesordnung. Und zwar nicht (wie im Moment): Klaut es den Armen und gibt es den Reichen! Martin Wagner

Schrecken der Rentner

Die CDU-Jünglinge mausern sich zu Rentnerschrecks, der eine (Mißfelder) gönnt Rentnern keine Hüftprothesen mehr, der andere will ihnen die Rente kürzen und der dritte (Gottfried Ludwig) will sie, genauso wie die Erwerbslosen, nicht mehr wählen lassen. Haben diese Burschen eigentlich mal mit ihren Eltern und Großeltern gesprochen, bevor sie solchen Blödsinn in die Welt setzen. Wann gehts zurück ins Mittelalter? Zur Aufhebung des Frauenwahlrechts? Oder zum Ständewahlrecht? Uwe Moldenhauer

Mißtrauensgesellschaft

„In Deutschland sind alle Kunden Diebe, alle Mitarbeiter potentielle Verbrecher, die man überwachen muss.“ Das war der Eindruck eines japanischen Touristen, der in mehreren Supermärkte in Deutschland war. Die Überwachung der Mitarbeiter erinnert an diktatorische Regime. Lidl, Aldi Nord und Süd, Rewe, Edeka, Penny, Telekom usw. - kann man unvernünftigen-

Zur Gewerkschafts-Debatte im Gießener Linksbündnis

Zu Mißhelligkeiten am Rande der dies-jährigen Mai-Kundgebung hatte die Ablehnung des Redebeitrags einer Montags-Demonstrantin geführt, der zwar vorher nicht angekündigt worden war, aber sicher nicht den Rahmen der Kundgebung gesprengt hätte. (Er ist nachzulesen auf der Home-Page der Montags-Demonstranten, s. Seite 8.) Ein harscher Leserbrief in den Gießener Tageszeitungen löste im Linksbündnis heißeste Diskussionen über die Gewerkschaften allgemein und in Gießen aus. Hier der Beitrag von Erika und Michael Beltz:

Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems. (Karl Marx) Diesem Anspruch waren die Gewerkschaften in der Nachkriegszeit noch einigermaßen gerecht geworden. Wie auch die SPD (Godesberg) haben sie zunehmend Klassenpositionen aufgegeben und sich auch programmatisch nicht mehr als „Gegenmacht“ sondern nur noch als „Gestaltungsmacht“ definiert. Mit der Nie-

derlage des Sozialismus ist die gesamte Arbeiter-, Demokratie- und Friedensbewegung geschwächt worden – einhergehend mit einer Diffamierung und Kriminalisierung von allem, was annähernd „sozialistisch“ klingt. Seither sind die Gewerkschaften (insbesondere nach Kanzlerschaft Schröders) in weitgehende Duldung bis Billigung von Kriegen und Sozialabbau verfallen. Voreilige Tarifabschlüsse zum Nachteil der Beschäftigten, Korruption und Postenschachelei (Hansen) sind tatsächlich kennzeichnend. Das alles muß benannt und unge-

position gegen den Kapitalschmusekurs, die unterstützt werden muß. Noch sind die Gewerkschaften die einzige Organisation, die fähig ist, den rigorosen Sozialraub wenigstens zu bremsen (wir haben keine andere und wir können keine andere herbeireden) – auch wenn sie zum Kampf, zum Streik, getragen werden muß. Was hat das alles mit Ernst Richter und dem 1. Mai in Gießen zu tun? Sicher, er hätte flexibel reagieren können und sollen und den Redebeitrag zulassen. Aber er ist kein Sommer, kein Bsirske und kein Hansen. Er hat den 1. Mai (nach tatsäch-

lich reinen Würstchen- und Kuchenfeiern auf dem Schiffenberg und in Kleinlinden) wieder in Stadtmittle geholt und die Mai-Demo organisiert. Er (und Frank Pötter) haben einen ausgezeichneten Redebeitrag am 1. Mai in der Schanzenstraße gehalten. Richter ist bei den ersten Montags-Demos mitmarschiert. Wir haben uns mit den Montagsleuten erst kürzlich im Gewerkschaftshaus mit Jörg Lüdde getroffen, um gemeinsam weiteren Protest zu diskutieren. Wir dürfen uns nicht von den Gewerkschaften zu viel versprechen, wir sollten sie aber auch nicht in Bausch und Bogen verdammen.

P.S.: Frage: Werden mit den gleichen rigorosen und absoluten Maßstäben, wie in manchen Beiträgen geschehen, auch jene Politiker gemessen, die aus der TdL aussteigen, Sozialabbau betreiben und Hartz 4 umsetzen – im Widerspruch zur offiziellen Politik ihrer eigenen Organisation?



Gießener Montags-Demonstranten: Am 1. Mai immer dabei

schminkt kritisiert werden, da war die DKP oft viel zu zurückhaltend. Es darf aber nicht zum generellen Angriff auf die gesamte Gewerkschaft führen. Hundt und dem gesamten Kapitalistenpack wird damit in die Hände gearbeitet. Unser Hauptfeind ist nach wie vor das Kapital mit seinen Handlangern in systemtreuen Parteien. Es gibt auch die gewerkschaftliche Linke, innergewerkschaftliche Op-

der mit seinen Mitarbeitern mit seinen Mitarbeiter und den Kunden umgehen? Alle reden von der Vertrauenskrise. Wen trauen internationale Topmanager wirklich?

Das Manager Magazin hat von der Personalberatung Egon Zehnder eine Umfrage unter 1200 Führungskräften machen lassen. Deutsche Manager trauen im Freundeskreis zu 84%, in der Familie zu 79%, Managern anderer Firmen zu 47%, in der Politik nur zu 2%. Nur 5% der Befragten glauben, die Öffentlichkeit bringe ihnen großes Vertrauen gegenüber. Nur 44% vertrauen ihren Mitarbeitern - solange nichts Schlimmes passiert - vorbehaltlos. Falk Moldenhauer

Die Hammerzahl

7,3 Millionen Menschen in der BRD sind überschuldet

Laut Auskunft einer Studie, welche im Auftrag der Wirtschaftsauskunftei Creditreform im Jahre 2007 erstellt wurde, müssen rund 7.3 Millionen Bundesbürger als überschuldet bezeichnet werden. Erschreckend sei der hohe Anteil der Überschuldeten in der Bevölkerungsgruppe der 20- bis 29-Jährigen. Er liegt bei knapp 9 Prozent.

2,5 Millionen Kinder und Jugendlichen leben in der BRD in Armut

Auf diese Zahl kommt das „Deutsche Kinderhilfswerk“. Die „National Armutskonferenz“ spricht von alarmierenden Zahlen: „Etwa jedes sechste Kind in Deutschland lebt in Armut – wird die Dunkelziffer berücksichtigt, sogar fast jede Vierte“. In Hamburg gilt jedes vierte Kind als arm. Der Deutsche Kinderschutzbund spricht von insgesamt 2,6 Millionen Kindern. Rund 1,9 Millionen Kinder, die jünger als 15 Jahren sind, leben nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit in Familien, die Hartz IV beziehen. - Egal, welche Zahl aus welcher Quelle: Es lebe der real existierende Kapitalismus!!! (Zusammenstellung: Martin Wagner)

Trotz aller Angriffe

Kuba bleibt sozialistisch

Solidaritätsveranstaltung

anlässlich des 80. Geburtstages von
Che Guevara am 14. Juni mit

Horst Schäfer,

Journalist und langjähriger Korrespondent der DDR in München und in den USA sowie Autor des Buches „Im Fadenkreuz: Kuba“ über die jahrzehntelangen Angriffe der USA gegen Kuba und Attentate auf Fidel Castro.

außerdem: Cuba libre, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie



Live-Musik mit Sub Terra

am Freitag, dem 13. Juni, ab 19 Uhr DGB-Haus, Café Amelie
Veranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

Sie wird unterstützt u.a. von Attac, DKP, Cuba Si, Gipanic - Verein zur Förderung der Städtepartnerschaft Gießen-San Juan del Sur/Nicaragua, Die Linke, Rote Hilfe, SDAJ, Solid, VVN - Bund der Antifaschisten

Veranstaltung der DKP

160 Jahre Kommunistisches Manifest

„Lob des Kommunismus“

literarische und musikalische Ausschweifungen zu einem verhassten Ideal

mit **Pit Metz**, „kommunistischer Altkaderschwätzer“
und **Peter Ringel**, der linke Leierkastenmann

„Kommunismus“, das ist für die einen „die Sache die so einfach, aber schwer zu machen ist“. Für andere ist es geradezu ein Teufelswerk. „Kommunist“ das klingt wie „Hebammen-vom-Fahrrad-Schmeißen“. Pit Metz und Peter Ringel sehen das etwas anders. Sie sind in ihrem Ideal unverbesserbar. Mit ihren literarischen Ausschweifungen und Liedern nähern sie sich der Sache bis zum Grund. Sie bewegen Grips mit Texten von Erich Fried, Bert Brecht, Erich Weinert, Kurt Tucholsky, Franz-Josef Degenhard, Karl Marx, Dieter Süverkrüp u.v.a.

**Donnerstag, 3. Juli, 19.30 Uhr,
Kerkrade-Zimmer der Kongreßhalle.**

Ein Tritt frei! (um Spenden zur Finanzierung der Veranstaltung wird gebeten)

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>
<http://www.dkp-hessen.de>

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

**Jetzt eigene Home-Page der
Gießener Montags-Demo:**

www.gimode.wordpress.com

**Redaktionsschluß für
Juli-Echo: Donnerstag, 26.6.**

Free Tibet?!

Mit dem Näherrücken der Olympischen Spiele wird der Druck auf China wegen der Verhältnisse in Tibet verstärkt. Da ist es angebracht, ein paar Tatsachen zu nennen:

* Die Lebenserwartung der Tibeter ist von 35,5 Jahren (1959) auf 67 Jahre (2005) gestiegen.

* Die Kindersterblichkeit sank im gleichen Zeitraum von 43 auf 3,1%.

* 98,2% aller Kinder werden eingeschult (früher gab es 95% Analphabeten); in den Schulen wird sowohl Chinesisch als auch Tibetisch gelehrt.

* Tibetische Kinder werden beim Zugang zu weiterbildenden Schulen, Unis und Ausbildung bevorzugt.

* Während für die Han-Chinesen die 1-Kind-Politik gilt, dürfen Tibeter zwei und mehr Kinder haben.

* Dadurch hat sich die tibetische Bevölkerung von 1,2 Millionen (1969) auf jetzt 2,5 Millionen mehr als verdoppelt; der Anteil der Han-Chinesen beträgt weniger als 10%.

* Tibetische Angestellte brauchen aufgrund der geographischen Bedingungen nur 35 Stunden in der Woche zu arbeiten; sonst gilt in China die 40-Stunden-Woche.

* Die Tibeter sind von der Steuerpflicht befreit, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, das bei 12,5% liegt.

* Die Infra-Struktur wird ständig erweitert, Klöster und Tempel restauriert.

* Es gibt in China 46.000 Mönche und 1780 Klöster und Tempel, die mit staatlichen Mitteln restauriert werden.

* Die Restauration des Potala-Palasts des Dalai Lama war von allen Instandsetzungen, die China unternahm, die aufwendigste.

Die Tibeter genießen – wie alle anderen 54 anerkannten Minderheiten in China – neben der Ausnahme von der Familienplanung weitere autonome Rechte (u.a. selbständige Entwicklung der Wirtschaft und Finanzverwaltung, Unabhängigkeit bei Wissenschaft, Technik, Kultur und Bildungswesen...).

Die gleichen Vorrechte genießt auch die ethnische Minderheit der Uiguren, deren selbsternannte Sprecherin R. Kadeer als „reichste Frau Chinas“ im April in Gießen behauptete: „Die Regierung will, wie bei den Tibetern auch, unsere Identität zerstören.“